

Sonderdruck aus:

Deutscher Herbst 1989

Herausgegeben von

Tilman Mayer



Duncker & Humblot · Berlin

Dieser Beitrag ist in Band 99 der „Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung“ im Jahre 2010 erschienen. Der Band enthält folgende Beiträge:

<i>Tilman Mayer</i> Einleitung	11
---	----

I. Bewegungen

<i>Andreas H. Apelt</i> Die Opposition in der DDR und die deutsche Frage 1989/90	17
<i>Eckhard Jesse</i> Haben die Bürgerrechtler gesiegt?	29
<i>Lutz Haarmann</i> Die Gesamtdeutschen. Anmerkungen zur westdeutschen Dissidenz in der Deutschlandpolitik unter Berücksichtigung der aktuellen Lage 1989	39

II. Institutionen

<i>Karl-Rudolf Korte</i> Das Heft in die Hand nehmen – Weichenstellungen im Kanzleramt	73
<i>Claus J. Duisberg</i> Politische Probleme im Herbst 1989	95

III. Parteien

<i>Manfred Wilke</i> Die SED 1989 – ein zweites 1953? Vortrag auf der 31. Jahrestagung der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Berlin, 6. März 2009	109
<i>Michael Richter</i> Die Blockpartei CDU und die friedliche Revolution 1989/90	119
<i>Daniel Friedrich Sturm</i> Zwischen Brandt und Lafontaine. Die SPD im Vereinigungsprozess 1989/90	129

IV. Beobachtungen

<i>Volker Kronenberg</i> 20 Jahre Deutscher Herbst 1989. Wandlungen, Herausforderungen und Aspekte eines bundesrepublikanischen Patriotismus	137
---	-----

Überlegungen zur Typologie menschlichen Verhaltens in politischen Systemen

Von Günter Nooke

Im zwanzigsten Jahr nach dem Mauerfall ist die politische Debatte um den Unrechtsstaat DDR, der sich selbst eine Diktatur des Proletariats nannte, nicht verstummt.¹ Die wissenschaftliche Einordnung der SED-Diktatur ist offensichtlich nicht eindeutig, da selbst die renommierte Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan bei ihrem politischen Kampf um das Amt des Bundespräsidenten meinte, sie könne mit relativierenden Äußerungen zum Unrecht in der DDR punkten.² Martin Sabrow, Vorsitzender der Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes „Aufarbeitung der SED-Diktatur“, sprach 2005 von der Notwendigkeit, nun von der Phase der politischen Aufarbeitung zur Phase der historisch-wissenschaftlichen Aufarbeitung der DDR voranzuschreiten und dabei den Alltag in der Diktatur differenzierter in den Blick zu nehmen.³

Als studierter Physiker habe ich gelernt, was komplexe Systeme sind. In verschiedenen Gesprächskreisen standen immer wieder systemische Denkansätze im Mittelpunkt oder waren Ausgangspunkt von Überlegungen.⁴ Wenn ich mich hier als ehemaliger DDR-Bürgerrechtler äußere, wir nannten uns selbst damals Mitglieder oppositioneller Gruppen, beanspruche ich keine politikwissenschaftliche Expertise, wohl aber die des gesunden intellektuellen Menschenverstandes und der existentiellen Erfahrung. Im Folgenden sollen aus dieser Perspektive einige (er-)klärende Anmerkungen zu der oben erwähnten Debatte um das politische System in der DDR zur Diskussion gestellt werden.

I. Vorbemerkung

Menschliches Leben ist geprägt durch vielfältige Erlebnisse in Familie, Beruf und Freizeit, durch Liebe und Leid, durch existenzielle Bedrohung und bleibende schöne Erinnerungen.

¹ Erwin Sellering, Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 22. März 2009.

² Gesine Schwan, Interview im Tagesspiegel, 17. Mai 2009.

³ Expertenvotum und Dokumentation in: Martin Sabrow et al. (Hrsg.), Wohin treibt die DDR-Erinnerung? Göttingen 2007.

⁴ Prägend waren in den letzten zwei Jahrzehnten für mich auch Gespräche des Bergweg-Forums. Siehe z. B.: Bernhard von Mutius, Die Verwandlung der Welt. Ein Dialog mit der Zukunft, Stuttgart 2000, (S. 11).

Dem Beitrag liegt folgende These zu Grunde: Die Alltagserfahrungen von Einzelnen sind auch in Diktaturen für den „normalen Bürger“ nicht primär durch Politik geprägt. Wer nicht bewusst politisch denkt und offen reden und handeln will, wer nicht die Grenzen des Systems austestet oder wer nicht durch naives, unbewusstes Handeln an die Grenzen des im System Erlaubten stößt, kann selbst in einem totalitären Unrechtsstaat weitgehend unbehelligt leben, weil er keine Gefahr für die Machthaber darstellt.

Es gibt zwei unterschiedliche Sichten auf die DDR-Gesellschaft wie auch auf jede andere Gesellschaft: Einerseits scheint es relativ einfach, von außen das politische System als Unrechtsstaat darzustellen und die sich daraus ergebenden Spezifika zu analysieren. Andererseits kann der Einzelne, quasi aus der Innenperspektive, ganz andere Erfahrungen machen, wenn er sich mit den vom System gesetzten Grenzen abfindet oder diese gar nicht bewusst verspürt.

Meine Überlegungen knüpfen an die Frage nach dem Verhalten von Bürgerinnen und Bürgern in der DDR an, die mir vor einiger Zeit gestellt wurde.⁵ Die angebotene Differenzierung bewegte sich zwischen „Anpassung“, „Ausweichen“, „innerer Emigration“ und Verweigerungsstrategien bis hin zur „Opposition“. Diese Einteilung setzt voraus, dass das Verhalten des Einzelnen von außerhalb des Systems wahrgenommen und beurteilt wird. Ohne diese politische Reflexion ist der Einzelne zuerst aber nur Teil des Systems. Er sieht aus seiner individuellen Perspektive nicht das abstrakte System in der Draufsicht, sondern seine konkrete Mit- und Umwelt. Wer also wie oben fragt, so könnte geschlussfolgert werden, macht in gewissem Sinne seine Außensicht auf das Unrechtssystem zur verbindenden Handlungsanweisung für den Einzelnen im System.

Oft, ja üblicherweise, vollzieht sich menschliches Leben aber gerade nicht als Gegenentwurf zum politischen System. Nur unter dieser Prämisse wird der unpolitische Normalbürger zum politisch fragwürdigen Mitläufer. Die Plausibilität dieser Argumentation zeigt sich m.E. auch, weil es in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat heute legitim erscheint, Menschen zuzugestehen, sich nicht für Politik zu interessieren und davon nichts zu verstehen. Nur aus der Außensicht greift das Argument, dies sei ja auch nicht nötig, weil diese Menschen ja schon im besseren oder gar im besten aller politischen Systeme lebten. Spätestens wenn eine Gefährdung der Demokratie durch mehrheitliches politisches Desinteresse entsteht oder eine Mehrheit die Abschaffung der Demokratie verlangt, zeigt sich, wie wenig entschuldigbar auch heute eine solche Haltung sein kann. Nichtsdestotrotz muss wohl anerkannt werden, dass es eine solche, an Politik nicht interessierte Haltung von Menschen immer gegeben hat und geben wird. Die angeführten Begründungen können dafür unterschiedlich lauten: man beruft sich auf ein Recht, ein in gewissem Sinne von Politik ungestörtes Leben führen

⁵ Anfrage von Eckhard Jesse für ein Statement bei einer internen Gesprächsrunde mit Bürgerrechtlern im Jahr 2001.

zu können, auf das Recht auf Desinteresse im demokratischen Gemeinwesen, oder darauf, dass es der menschlichen Natur entspreche, wenn sich nicht alle gleichermaßen für Politik interessieren oder man macht konkrete gesellschaftliche Umstände und Akteure dafür verantwortlich.

Bezogen auf die DDR kann wissenschaftlich begründet oder rein politisch motiviert (am häufigsten aber sind Mischformen) festgestellt werden: Die Deutsche Demokratische Republik war ein Unrechtsstaat und ist als diktatorisches System zu charakterisieren. Noch größer mag die allgemeine Übereinstimmung bei der Ablehnung der Diktatur als politisches System und der Bejahung der Demokratie ausfallen. Das alles sagt jedoch noch nichts darüber, wie der einzelne Mensch sich selbst und sein Umfeld in einem politischen System wahrnimmt.

II. Zum Verhältnis von Politik und Wissenschaft

Den politischen und historischen Wissenschaften darf es in der Intention nicht um politischen Einfluss gehen. Was freilich nicht bedeutet, sie seien deshalb ohne politische Wirkung und der einzelne Wissenschaftler ohne persönliche Verantwortung. Einfluss, genauer Macht, als Synonym für die Möglichkeit gestalterisch Einfluss zu nehmen, als „Anhäufung von Mitteln für offene Zwecke“ (Carl Friedrich von Weizsäcker), ist vielmehr der Leitparameter des Funktionssystems Politik. Wissenschaft dagegen muss und sollte sich um die richtige Beschreibung von Sachverhalten und Wahrheit bemühen. Probleme bestehen nun aber vor allem in der Verständigung der verschiedenen Verständigungs- oder Funktionssysteme (Luhmann).

Gute Politik wird die Freiheit der Wissenschaft schützen. Aber ist ein Politiker, der insbesondere in Wahlkämpfen um die Stimmen aller Bürgerinnen und Bürger werben muss, gut beraten, wenn er sich auf die differenzierten Positionen von Zeitgeschichtlern und Politikwissenschaftlern einlässt? Spätestens wenn am Wahlabend Politiker ein schlechtes Ergebnis erklären müssen, interpretieren eben diese wissenschaftlichen Berater, dass es den Politikerinnen und Politikern nicht gelungen sei, die Emotionen der einfachen Menschen anzusprechen. Auf der anderen Seite ist wohl eine berechtigte Vermutung, dass Politikwissenschaftler sich weniger für Forschungen und ihre Ergebnisse engagieren, die ihren eigenen politischen Überzeugungen zuwider laufen.

Es sind deshalb Vorsicht und Sorgfalt geboten, wenn beide, Politiker und Wissenschaftler, einander in die Profession des anderen hineinreden. Dennoch können solche Einreden bei Offenlegung der jeweils spezifischen Sprachspiele der unterschiedlichen Funktionssysteme für alle Seiten erhellend sein. Das setzt allerdings voraus, dass Politiker ernsthaften Wissenschaftlern bei unangenehmen Forschungsergebnissen nicht vorwerfen, sie würden Wasser auf die Mühlen der falschen politischen Seite leiten. Und vice versa gilt das Gleiche: Wissenschaftler

sollten sich unangenehmer Debatten nicht dadurch entziehen, indem sie Politikerinnen und Politikern vorwerfen, sie würden ja nicht wissenschaftlich korrekt argumentieren und das wissenschaftliche Instrumentarium gar nicht beherrschen, dass die Wissenschaftler eben ganz „objektiv“ zu solchen Forschungsergebnissen geführt habe.

M. E. wäre schon einiges gewonnen, wenn Politiker wie Wissenschaftler versuchten, begrifflich möglichst sauber zu argumentieren und in unserem konkreten Fall klar zu trennen, ob es um die Analyse eines politischen Systems geht oder um die Beschreibung des Lebens von einzelnen Menschen in solchen (politisch unterschiedlichen) Systemen. Welche Rolle spielt für den Politikwissenschaftler dabei der einzelne Mensch, der kein homo politicus ist? Oder sind diese Einzelnen nur Gegenstand für sozialwissenschaftliche und psychologische Forschungen?

III. Zur Wahrnehmung des Einzelnen

Natürlich ist es eine berechtigte Fragestellung, wie die Diktatur das Leben der einzelnen Menschen beeinflusst hat. Man bleibt dabei aber in der Perspektive der Systemdraufsicht. Genauso könnte man aber auch aus der Innenperspektive fragen, wie das normale, sprich unpolitische Leben von Menschen, die Art und Weise der Diktatur prägte.

Wer der und dem Einzelnen gerecht werden will, so meine Vermutung, muss anerkennen, dass selbst in Diktaturen nicht das ganze Leben von Politik und den Wirkungen der politischen Herrschaft bestimmt ist. Die meisten Menschen nehmen ihr Leben nicht als politisches Oberseminar wahr. Wahrgenommen wird im Alltag immer das konkrete Leben, die konkrete Situation und nicht das abstrakte politische System. Dieses Leben ist in diktatorischen wie demokratischen Systemen vor allem durch Allzumenschliches geprägt.⁶

Zu fragen ist: Schwingt in dieser Aussage schon eine Beschönigung, eine Relativierung der Diktatur im Vergleich zum demokratischen System mit? Natürlich ist mir daran keineswegs gelegen, im Gegenteil.

Doch offensichtlich klingt dieser Satz vom allzumenschlichen, ganz normalen Leben einleuchtend und kann auch wissenschaftlich untermauert werden. Er stimmt auch mit meinen persönlichen Erfahrungen und Erinnerungen in der Diktatur und Demokratie überein. Obwohl meine Frau in der DDR politisch genauso engagiert war wie ich, also unser Familienleben, selbst als wir 1988 schon drei Kinder hatten, sehr von Politik geprägt war, bleiben doch auch die anderen Erin-

⁶ Zum Alltag in der DDR vgl. z.B. inkl. der dazu geführten Debatten: Mary Fulbrook, *Das ganz normale Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR*, 2008; Stefan Woll, *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR, 1971–1989*, Berlin, 3. Aufl., 2009.

nerungen von Urlauben, Geburtstagen, Fahrradausflügen mit Freunden, schönem Wetter und guten Bäckerbrötchen präsent. Um wie viel mehr mag das erst für Familien gelten, die neben Beruf, Schule und Freizeit nicht permanent noch über die politischen Aktionen einer Oppositionsgruppe diskutierten und darüber, was es heißt, politisch verantwortlich in einer Diktatur zu leben.⁷

Die Frage, die mich als Politiker umtreibt, ist aber nicht einfach zu beantworten: Wie wirkt die wissenschaftlich selbstverständlich zulässige und vielleicht sogar gebotene stärkere Konzentration auf die Erforschung des Alltags auf das sich herausbildende nationale Gedächtnis der Deutschen bezogen auf die DDR? Was wirkt bei solchen Forschungen nachhaltiger und gewichtiger: die Verfestigung des Diktaturcharakters des SED-Staates oder die (mehrheitlich unpolitische) Alltagswahrnehmung im Bewusstsein Einzelner? Und ist es nicht ein legitimes, politisch wie wissenschaftlich berechtigtes Interesse, nicht von der nationalsozialistischen Terrorherrschaft nur den Systemcharakter des Unrechtsregimes, bei der sozialistischen Diktatur des Proletariats aber nur den Einzelwahrnehmungscharakter eines lebbareren Alltags im kollektiven Gedächtnis zu verankern?⁸

Bei allen Problemen, die Diktaturen auch im Alltag erzeugen, muss nach den obigen Überlegungen wohl akzeptiert werden, dass in den Alltagserinnerungen vieler einzelner Menschen, selbst während der zwölfjährigen Nazi-Diktatur, Gauleiter, Gestapo, Judenvernichtung und Krieg selten vorkommen können, obwohl sie charakteristisch für das politische System waren. Der hier gewählte Gedankengang macht es schlechterdings unmöglich, einer Frau oder einem Mann einen Vorwurf daraus zu machen, weil sie sich, als Stalingrad schon verloren und der industrielle Massenmord an den europäischen Juden bereits voll im Gange war, noch verliebt bei einem Hans-Albers-Film in den Armen lagen und sich daran auch heute noch gern erinnern. Es scheint auch wenig hilfreich, eine Abstufung einführen zu wollen, ab welcher Größe der Menschenrechtsverletzung, also zwischen Völkermord und Einschränkung der Meinungsfreiheit, ein positives Alltagserinnern als unmoralisch und verwerflich anzusehen ist.

IV. Zum Politisierungsgrad des Einzelnen

Was aber folgt aus der Einsicht, dass die Mehrzahl der Menschen sich nicht primär im Verhältnis zum gesellschaftlichen System und aus einer politischen Einstellung heraus definiert und deshalb nicht primär mit Erinnerungen an die Marter des politischen Systems lebt, sondern an den „schönen“ Alltag?

⁷ Maria Nooke, *Für Demokratie und Umweltverantwortung*, Berlin 2008.

⁸ Vgl. z.B. Maurice Halbwachs, *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*, Frankfurt am Main 1985; Jan Assmann, *Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität*, in: Jan Assmann/Tonio Hölscher (Hrsg.), *Kultur und Gedächtnis*, Frankfurt a.M., 1988, S. 9–19.

Es gibt verschiedene, natürliche Gründe für zwei weitere Annahmen: Der Anteil der politisch denkenden und sich politisch aktiv betätigen wollenden Menschen ist in allen Gesellschaften etwa gleich groß. Das Gleiche mag in etwa für den Anteil derjenigen gelten, die besonders mutig sind, und derjenigen, die weniger mutig sind.

Im sozialen und demokratischen Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland sind nur relativ wenige Menschen in politischen Parteien organisiert. Noch geringer ist die Zahl derjenigen, die bereit sind, sich politisch zu engagieren, selbst wenn politische Aktivitäten außerhalb von Parteien einbezogen werden. Wiederum nur ein marginaler Bruchteil davon ist bereit, die eigenen Karrierechancen zu gefährden, in dem eigenständige, z. B. gegen die Parteimehrheit gerichtete, Meinungen und Handlungen offen vertreten werden. Im Vergleich dazu erscheint es geradezu selbstverständlich, wenn die Anzahl der politisch denkenden Menschen in der DDR, die unter realer existenzieller Bedrohung und nicht nur vermuteter Karriereeinbußen, überhaupt bereit war, in bewusste Opposition zum politischen System zu gehen, sehr gering war!

Genau das kann auch heute in fast allen Diktaturen beobachtet werden. Nur sagt diese geringe Zahl nichts über das Potential an Menschen in solchen Gesellschaften aus, die durchaus unter anderen, ungefährlicheren politischen Rahmenbedingungen bereit und in der Lage wären, politische Verantwortung zu übernehmen. (Die während einer Diktatur erkennbar wenigen und oft nicht der politischen Staatskunst für fähig erachteten Frauen und Männer können deshalb nicht als Argument dienen; sich im Umgang mit solchen Diktaturen auf Kontakte und Gespräche mit den aktuellen Machthabern zu beschränken und anstrengende Oppositionelle zu meiden.)

Leider hat im heutigen demokratischen System, wo keinerlei existentielle Bedrohungen lauern, aber schon kleine Karriereeinbußen als existenzbedrohend empfunden werden, die Zahl der Mutigen nicht zugenommen. Angesichts der veränderten Rahmenbedingungen muss wohl sogar festgestellt werden, dass es um das demokratische Deutschland besser bestellt wäre, wenn es heute unter den Bürgerinnen und Bürgern wenigstens soviel Mut gäbe, wie damals im undemokratischen Deutschland.

V. Zum politischen Verhalten von Parteien und Einzelnen

Wer nach der Typologie des Verhaltens im diktatorischen Staat fragt, muss die Frage beantworten, warum und woran der einfache Mensch eine konkrete Situation als vom Unrechtssystem bedingt, erkennen sollte. Für eine Mehrzahl von Menschen erscheint das eher schwierig zu sein. Wenn aber diese Beziehung für den Einzelnen in der Regel in der Diktatur nicht offen liegt, dann müssen wir bei der Beschreibung und der Bewertung des Verhaltens Einzelner wieder strikt un-

terscheiden zwischen Systembeschreibung und der Beschreibung der Alltagswahrnehmung des Einzelnen.

Wie bereits erwähnt, erscheint diese Unterscheidung einerseits wissenschaftlich wichtig, zugleich aber ist sie politisch heikel. Auf der einen Seite können, wie bereits ausgeführt, Forschungen über den als unpolitisch wahrgenommenen Alltag des Einzelnen als Relativierung des (politischen) Unrechtssystems missinterpretiert werden. Daran kann dem redlichen Politologen und Historiker nicht gelegen sein. Auf der anderen Seite helfen politiktheoretisch richtige Analysen wenig oder sie schaden sogar, wenn der am Erfolg gemessene Politiker auf Stimmenfang unterwegs ist und an die Wahrnehmungen und Erinnerungen der potentiellen Wählerinnen und Wähler anknüpfen muss.

Gänzlich verquer und für Fehlinterpretationen anfällig wird die Situation allerdings durch folgende Beobachtung: Bei der politischen Rechten gibt es eher eine Sympathie für die Alltagswahrnehmung in der NS-Diktatur, um wahlkampftechnisch daran anzuknüpfen. Dagegen erschien es bei einem Teil der vermuteten konservativen Wähler weniger opportun, an Nazi-Diktatur und Unrechtsregime nach dem Zweiten Weltkrieg zu erinnern. Bei der politischen Linken gibt es diese Sympathie eher für die Alltagswahrnehmung des SED-Staates, weil eine zu starke Betonung oder mitunter sogar nur die Anerkennung der DDR als Unrechtssystem den Aufstand der eigenen Wählerschaft hervorruft.

Die linken Parteien knüpfen an Alltagserfahrungen in der SED-Diktatur an und sind gerade nach dem Zusammenbruch der DDR damit bezogen auf die Wahlergebnisse erfolgreich. Man erinnert sich im Osten „gern“, weil diese Erinnerungen an den Alltag eben keineswegs nur Schreckliches und Mühsames, sondern auch viel Positives beinhalteten, wohingegen der aktuelle Alltag (auch) mit erheblichen Anstrengungen belastet ist. Für die politische Bildung und m. E. für das sich herausbildende nationale Gedächtnis bezogen auf die DDR hat das allerdings sehr negative Auswirkungen.

Die Menschen in der alten Bundesrepublik hatten diese DDR-Alltagserfahrungen nicht. Das allein war aber nicht problematisch. Schwierig wurde es, als die Ostdeutschen die politische Bildung der Westdeutschen über politische Gesellschaftssysteme im Wahlkampf nachholen sollten. Dies konnte als politische Unterweisung über eine DDR verstanden werden, die die Menschen so nicht erlebt hatten und so nicht erinnerten bzw. nicht erinnern wollten. Die Fehlinterpretation im Westen lag ebenfalls auf der Hand: Wer PDS wählte, war gegen die Demokratie, obwohl diese eben geschickt an die konkreten Erfahrungen vieler im Osten anknüpfte, die ihre konkreten (neuen, wie alten) Probleme gelöst haben wollten. Es waren im westlichen Sinne „normale“ Wähler, die eine ihren eigenen Interessen entsprechende Entscheidung trafen.

VI. Menschliches Verhalten ist ähnlich

Eine weitere allgemeine Vermutung erscheint mir wichtig: Menschen verhalten sich in von ihnen als ähnlich wahrgenommen Situationen gleich; d.h. sie prüfen nicht, ob diese für sie immer konkret und persönlich erlebte Situation durch die Randbedingungen eines bestimmten politischen Systems bedingt oder weitgehend unabhängig davon ist.

Insofern ist es eben falsch, alles menschliche Verhalten in Bezug und als Reaktion auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einer Diktatur bzw. einer Demokratie zu interpretieren.

Richtig ist sicher, dass in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen auch verschiedene Verhaltensmuster mehr oder weniger stark abgefragt werden und damit prägend sind, also eine unterschiedliche Sozialisation stattfindet. Zu bezweifeln ist, ob einige Jahrzehnte ausreichen, menschliches Verhalten, das sich über Jahrhunderte, vielleicht sogar Jahrtausende herausgebildet hat, signifikant zu verändern.

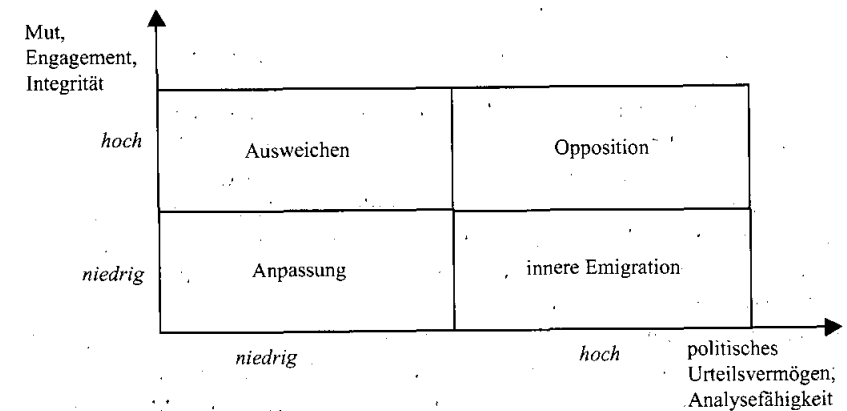
Auch wenn es in der Soziologie eine nicht mehr ganz opportune Sprechweise ist, sei Folgendes behauptet: Das Verhalten des Einzelnen, gleich in welchem politischen System und in welcher konkreten Situation oder existentiellen Herausforderung, ist nicht zuerst von externen Bedingungen bestimmt, sondern von seinem Charakter. Hier müsste sich jetzt ein Gespräch darüber anschließen, wodurch der Charakter des Einzelnen geprägt ist: Welche genetischen, frühkindlichen und erzieherischen Einflüsse bestehen, und wie stark treten sie unter verschiedenen Sozialisationsgeschichten zu Tage?

Ob einer den Mut hat, gegen den Strom zu schwimmen, hängt außerdem davon ab, wieviel es ihn kosten könnte, wenn er sich so verhielte. Um das einzuschätzen, ist es in einem totalitären wie auch in einem demokratischen Staat von entscheidendem Nutzen, die Konsequenzen solchen nonkonformen Verhaltens rational und mit hinreichendem politischem Gespür beurteilen zu können. Wofür es in den frühen 1950er Jahren in der DDR noch drastische Gefängnisstrafen gab, musste in den 1980er Jahren oft mit nicht mehr als der Karriere im SED-Staat, der Ausweisung aus der DDR oder relativ wenigen Haftmonaten bis zum Freikauf durch die Bundesregierung bezahlt werden.

VII. Zwischen Anpassung und Opposition

Damit ergeben sich zwei mögliche Pole, zwischen denen die „Angepassten“ und „Oppositionellen“ in einer Diktatur wandeln. Das übliche Leben der meisten Menschen ist dabei zu unterschiedlichen Zeiten und in unterschiedlichen Situationen verschiedenen stark von Opposition und Anpassung geprägt. Es geht also nicht um die Einordnung von Menschen, sondern um typische Verhaltensweisen.

Wollte man also die eingangs aufgezählten Begriffe von Anpassung, Ausweichen, innerer Emigration und Opposition zuordnen, könnte nach den bisherigen Ausführungen an folgende Unterscheidung gedacht werden: auf der einen Seite mehr oder weniger Mut, Charakter, Integrität, auf der anderen Seite mehr oder weniger politische Analysefähigkeit und politisches Urteilsvermögen.



Quelle: Eigene Darstellung.

Wer z.B. politisch naiv war, hat sich oft mehr an widerständigem Verhalten herausgenommen als andere, welche die Gefährlichkeit einer Situation realistisch einschätzten. Genauso war es aber möglich, dass das Verhalten von Oppositionellen bei anderen, eher unpolitischen Menschen sehr viel riskanter wirkte, als es z.B. in den 1980er Jahren wirklich noch war.

Genauso muss anerkannt werden, dass diejenigen, die ihren politischen Einschätzungen eher misstrauten oder ihnen nicht allzu große Bedeutung gaben, ihre Karrierechancen auf unpolitischen Feldern gesucht haben. Das kann sicher auch als „Ausweichen“ interpretiert werden, ein die politische Situation in einem Unrechtssystem nicht Wahrhaben- und Wahrnehmenwollen.

Die politisch wachernen Geister gingen dem gegenüber vielleicht eher in eine Art innere Emigration. Ihre politische Überzeugung und Unabhängigkeit bestätigten sie selbst in geschlossenen Freundes- und Hauskreisen – jeweils mit dem Hinweis, man könne ja sowieso nichts tun. Solche Personen entscheiden sich oft nach veränderten politischen Randbedingungen, also zu einem Zeitpunkt, wo persönliches Engagement nichts mehr kostete oder übermäßigen Mut erforderte, politisch aktiv zu werden. Im konkreten Fall des Zusammenbruchs der DDR war das nach dem Fall der Mauer am 9. November 1989.

Bisher unberücksichtigt geblieben ist die Frage, welchen Antrieb für oppositionelles Verhalten – neben den charakterlichen Eigenschaften wie Mut und Durch-

haltevermögen und der politischen Urteilskraft – idealistische Überzeugungen oder missionarische Veranlagung spielten. Wer den richtigen Sozialismus wollte oder einfach nur unter der Verletzung von Menschenrechten oder einem ideologischem Erziehungssystem in der DDR litt, konnte sich auch fernab von Mut und Politikverständnis zu Handlungen gedrängt fühlen, die als bewußter Widerstand gegen die Staatsgewalt gedeutet wurden.

VIII. Einfluss persönlicher Erfahrungen auf die politische Analyse

Es gab auch in der DDR einen Generationenkonflikt, der vor allem mit den unterschiedlichen Erfahrungen während der Nazi-Diktatur und dem Stalinismus nach dem zweiten Weltkrieg zusammenhing. Die Jüngeren waren schon deshalb mutiger, weil sie Krieg, Vertreibung und stalinistische Säuberungen nicht selbst erlebt hatten. Ob sie allerdings wirklich naiver, also politisch unerfahrener waren, ist damit noch nicht gesagt. In Diskussionen mit meinem Vater und mit meinem Schwiegervater wurden, wie in vielen anderen Gesprächen in den 1980er Jahren, fast immer die Folgen oppositionellen Verhaltens thematisiert. Ich beurteilte diese regelmäßig weniger risikobehaftet als die Elterngeneration. Aus meiner Perspektive lag der Grund in den veränderten Rahmenbedingungen – in der DDR, in der Bundesrepublik, in der Sowjetunion und weltweit. Ein gewaltsames Eingreifen der staatlichen Organe erschien nach meiner Einschätzung viel weniger wahrscheinlich als in den 1950er Jahren, weil die politischen Kosten für die SED-Machthaber zu hoch waren, dieses Eingreifen also keine dauerhafte Macht-sicherung mehr bedeutet hätte.

Die Gespräche in den 1980er Jahren kreisten, auch unter der von Gorbatschow eingeführten Metapher vom „europäischen Haus“, oft darüber, wieviel Destabilisierung der DDR international zugelassen werden konnte. Welche Verantwortung kam hierbei dem Einzelnen zu? Wieviel Verantwortung konnte der Einzelne wirklich tragen? Was wurde den Bürgerinnen und Bürgern in der DDR aufgeladen, wenn Erich Honecker vom Erhalt des Friedens in der Welt oder Erhard Eppler von der Notwendigkeit der Berliner Mauer für die Stabilität des europäischen Hauses sprachen?⁹ Welches Wohlverhalten gegenüber den Mächtigen wurde damit eingefordert? Während der DDR-Partei- und Staatschef an die eigene Macht-sicherung dachte, ging es dem westdeutschen Sozialdemokraten um verantwortliche, europäische Politik in einer bestehenden Nachkriegsordnung. Beide dachten von den politischen Machtsystemen her, nicht von den dem Einzelnen zustehenden unveräußerlichen Menschenrechten. Dies kann auch heute zu fehlerhaften Situationsbeurteilungen führen, so sind jedenfalls meine Erfahrungen als Menschenrechtspolitiker im internationalen Bereich.

⁹ Einstiegsstatement von Erhard Eppler bei einer Podiumsdiskussion auf dem alternativen „statt-Kirchentag“ am 8. Juli 1989 in der Leipziger Lukaskirche.

Für die Oppositionsgruppen in den 1980er Jahren war nicht der Machtwechsel oder der Zusammenbruch der DDR das direkt angestrebte Ziel. Das änderte sich erst im Sommer 1989. Wie schnell es allerdings zur friedlichen Auflösung der DDR in einer fast evolutionären Revolution kommen sollte, war selbst da noch nicht absehbar. In meiner politischen Analyse war jedoch immer klar: Eine Öffnung in der DDR, also mehr Offenheit in der Gesellschaft, bedeutete das Ende der Diktatur und damit den Weg in eine offene Zukunft mit demokratischen Mehrheitsentscheidungen.

Günter Nook

Überlegungen zur Typologie menschlichen Verhaltens in politischen Systemen 145

Helmut Wagner

Gründe für die Verneinung der deutschen Wiedervereinigung. Interessen, Vorurteile und Ideologien. Ein Essay 157

Herausgeber und Autoren 171

